



Riga, 28. April 2010

DBHK-Konjunkturumfrage 2010

## Deutsche Unternehmen in den baltischen Staaten verspüren leichten Aufschwung

Die deutschen Unternehmen in den baltischen Staaten blicken nach einem schweren Jahr wieder optimistischer in die Zukunft. Sie erwarten eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und planen daher weitere Investitionen in Kapital und Personal. Das konjunkturelle Umfeld und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen bleiben aber verbesserungsbedürftig. Dies ist das Fazit der jährlichen Konjunkturumfrage der Deutsch-Baltischen Handelskammer in Estland, Lettland, Litauen (AHK), an der sich insgesamt 102 Unternehmen beteiligten.

Estland, Lettland und Litauen waren 2009 in starkem Maße von der globalen Wirtschaftskrise betroffen und mussten allesamt einen deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung hinnehmen. Mit einem negativen Wachstum von 14,1 Prozent (Estland), 18,0 Prozent (Lettland), 15,0 Prozent (Litauen) durchlebten die drei baltischen Staaten die schwerste Rezession aller EU-Staaten. Seit Ende 2009 mehren sich aber die Anzeichen einer Stabilisierung und Verbesserung der konjunkturellen Lage, die sich im Laufe des Jahres 2010 fortsetzen wird. Spätestens im kommenden Jahr dürfte das BIP in allen drei Ländern wieder ansteigen.

Erste Anzeichen der Besserung lassen auch die Einschätzungen der deutschen Unternehmen vor Ort zu erkennen geben. Nachdem im Vorjahr die gesamtwirtschaftliche Situation und Perspektive noch äußerst kritisch bewertet wurde, blicken die deutschen Investoren in Estland, Lettland und Litauen wieder etwas optimistischer in die Zukunft. Zwar bezeichnen nur 2 Prozent die gegenwärtige Wirtschaftslage als gut, jedoch gehen 19 Prozent von einer Verbesserung im weiteren Jahresverlauf aus. Ebenso hat die Zahl an Unternehmen, die eine weitere Stabilisierung der makroökonomischen Situation erwarten, stark zugenommen. Aktuell sehen aber fast zwei Drittel der Befragten die Volkswirtschaften der drei baltischen Länder weiterhin noch in einer schlechten Lage.

Der starke Einbruch der Wirtschaftsleistung hat sich auch auf die Geschäftstätigkeit ausgewirkt: Bei über 60 Prozent haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr Umsatz und Gewinn rückläufig entwickelt. Entsprechend verhalten fällt die Beurteilung der augenblicklichen Situation des eigenen Unternehmens aus: Nur etwas mehr als ein Viertel würden ihre momentane Lage als gut bezeichnen. Dennoch sehen über 40 Prozent ihre Firma auch in den kommenden Jahren noch auf Erfolgskurs. Mehr als ein Drittel erwartet dabei bereits für 2010 wieder steigende Umsätze und Gewinne. Die zuversichtlichen Zukunftsaussichten wirken sich auch positiv auf das Investitionsverhalten und die Beschäftigungspläne aus: Bei über zwei Dritteln der Firmen werden die Investitionsausgaben auf oder über dem Niveau des Vorjahres liegen. Hinzu kommt, dass knapp 20 Prozent der Unternehmen ihren Personalbestand ausweiten wollen.

„Die Erwartungen der deutschen Unternehmen in den baltischen Staaten zeigen eine klare Aufwärtstendenz“, kommentiert Maren Diale-Schellschmidt, Geschäftsführerin der Deutsch-Baltischen Handelskammer (DBHK), die Umfrageergebnisse. „Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist aber nach wie vor nicht überwunden. Trotz wachsender Zuversicht bleibt die Unsicherheit über die weitere Entwicklung auf den internationalen Märkten daher groß.“ Angesichts der aktuellen konjunkturellen Lage und makroökonomischen Gesamtsituation fordern die Befragten umfassende Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft – vor allem in Form von Programmen zur Unterstützung der Exportwirtschaft und der Schaffung konkreter Investitionsanreize. Die bislang im Sog der Turbulenzen der Wirtschaftskrise eingeleiteten Schritte entsprechen nur bedingt den Erwartungen der deutschen Unternehmerschaft: Im Durchschnitt beurteilen nur rund 20 Prozent aller Befragten das Krisenmanagement der Regierungen als zielführend und ausreichend.

„Die Regierungen der baltischen Staaten sind in der gegenwärtigen Situation gut beraten, den Unternehmen solide und verlässliche Rahmenbedingungen für deren unternehmerische Entscheidungen und Planungen bereit zu stellen. Damit der Brückenschlag zum nächsten Aufschwung gelingt, sind sowohl mehr politische Kontinuität als auch wirtschaftliche Stabilität notwendig“, betont DBHK-Vizepräsident Jörg Tumat bei der Vorstellung der Ergebnisse im Rahmen einer Pressekonferenz am 28. April 2010 in Riga. Gefordert wird von den deutschen Unternehmen insbesondere ein klarer und berechenbar wirtschaftspolitischer Kurs, mit dessen Hilfe die Wettbewerbsfähigkeit der Länder erhöht und ein langfristig stabiles und nachhaltiges Wachstum in den baltischen Staaten sichergestellt werden sollte.

Ein Dauerkritikpunkt ist der Umgang mit Behörden: Neben der Effizienz der öffentlichen Verwaltung ist es vor allem die Bekämpfung von Kriminalität und Korruption, die aus Sicht der deutschen Unternehmen noch verbesserungsfähig erscheint. Kritisch zeigen sich die deutschen Unternehmen auch gegenüber den Ausschreibungsmodalitäten der öffentlichen Hand sowie dem Zugang zu staatlichen und EU-Fördermitteln.

Ein weiteres Problemfeld bleibt der Arbeitsmarkt. Zwar können die Unternehmen bei ihren geplanten Einstellungen von den im Vergleich zu den Vorjahren deutlich niedrigeren Lohnkosten und den wieder in größerer Anzahl an Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Fachkräften profitieren. Relativiert werden die Vorteile aber durch die aus Unternehmersicht mangelnde Flexibilität der arbeitsrechtlichen Regelungen und die unzureichende Qualität des Berufsausbildungssystems. Gefordert werden daher insbesondere eine Reform des Arbeitsrechts und eine praxisorientierte Anpassung der Ausbildungssysteme an die Bedürfnisse der Unternehmen. Ebenso empfohlen werden aktive Arbeitsmarktmaßnahmen – nicht zuletzt auch um stark ansteigende Arbeitslosigkeit und die wieder zunehmende Abwanderung von Arbeitskräften einzudämmen.

Zu den weiteren Forderungen der Unternehmen zählen in allen drei Ländern die Konsolidierung der Staatshaushalte und die Begrenzung des Budgetdefizits. Vor dem Hintergrund der zum Jahreswechsel avisierten Euro-Einführung kommt diesen Anliegen besonders in Estland eine hohe Bedeutung zu. Im nördlichsten baltischen Staat halten sämtliche Befragten die Einführung des Euro für erstrebenswert, aber auch in Lettland und Litauen befürworten jeweils 83 Prozent den Beitritt zur Euro-Zone. Damit setzen an den drei Standorten so viele Unternehmen wie nie zuvor auf die Anker-Wirkung der gemeinsamen Währung, deren Einführung die Sicherheit und das Vertrauen in wirtschaftlich unruhigen Zeiten erhöhen würde. Mit der Einführung des Euro dürfte sich das Investitionsklima in den baltischen Staaten weiter verbessern und die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts erhöhen – obgleich Estland, Lettland und Litauen bislang auch ohne die Gemeinschaftswährung eine hohe Anziehungskraft für deutsche Unternehmen besitzen. Dies zeigt sich sowohl im internationalen Standortvergleich mit den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas als auch bei der Bewertung der eigenen Investitionstätigkeit durch die Unternehmen.

Ungeachtet der Dauerkritik an einzelnen Standortkriterien und den mitunter bestehenden Unzulänglichkeiten würde sich 86 Prozent aller Befragten auch heute wieder für den gewählten Investitionsstandort entscheiden. Dies spricht zum einen für die sorgfältige Vorbereitung der Investitionsprojekte, wodurch die deutschen Unternehmen auch in Zeiten der Krise auf ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit und Stärke vertrauen können. Zum anderen bestätigt es, dass die deutschen Unternehmen bei ihren Investitionen nicht kurzfristige Kosten- oder Absatzerwägungen in den Vordergrund stellt, sondern sich aus strategischen Erwägungen für den jeweiligen Standort entschieden haben – und demnach auch bei der Stabilisierung der Gesamtwirtschaft eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen

### Nähere Informationen

Alexander Welscher, Information und Kommunikation, [alexander\(at\)ahk-balt.org](mailto:alexander(at)ahk-balt.org), Tel.: +371 67320724

Die Deutsch-Baltische Handelskammer in Estland, Lettland, Litauen ist Teil des weltweiten Netzes deutscher Auslandshandelskammern (AHKs) und als einzige internationale Handelskammer in der Region mit fast 400 Mitgliedsunternehmen über die drei baltischen Staaten organisiert.